

15.09.2025 – 15:00 Uhr

NEIN zu massiven Kürzungen in der Suchthilfe und -prävention: Petition mit fast 10'000 Unterschriften eingereicht



Lausanne (ots) -

Die von Bundesrat und Parlament beschlossenen Sparmassnahmen führen zu massiven Kürzungen in der Suchthilfe und der Suchtprävention. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen sind diese Entscheide unverantwortlich. Jeder Abbau im Suchtbereich führt zu einer Verschärfung der Probleme und zu Kosten, welche die "Einsparungen" bei weitem übersteigen werden. Die Suchtfachorganisationen in der Schweiz haben deshalb heute eine [Petition](#) mit 9152 Unterschriften gegen Kürzungen im Suchtbereich eingereicht. Die Zivilbevölkerung und viele betroffene Menschen sprechen sich für eine starke Suchtprävention und -hilfe aus.

In der Schweiz leben heute schätzungsweise 250'000 Menschen mit einer Alkoholabhängigkeit, mehrere hunderttausend Menschen mit einer Abhängigkeit von Zigaretten und anderen Nikotinprodukten und mehrere Zehntausend konsumieren täglich illegale Drogen. Der Substanzkonsum verursacht in der Schweiz jährlich mehr als 11'000 vermeidbare Todesfälle. Rund 300'000 Personen haben Probleme auf Grund des Geldspiels. Suchtkrankheiten verursachen in der Schweiz einen volkswirtschaftlichen und sozialen Schaden von rund 8 Milliarden Franken pro Jahr.

Ausgabensenkung bedeutet Kostensteigerung

Die Prävention und die Suchthilfe reduzieren nachweislich Leid und Kosten: Nach einer Studie spart jeder in die Prävention investierte Franken im Alkoholbereich 23 Franken an indirekten Kosten, im Tabakbereich sogar 41 Franken ([Jeanrenaud, 2010](#)). Trotzdem wurde beschlossen, einen Viertel des Budgets in den Bereichen Sucht und Nichtübertragbare Krankheiten (NCDs) zu streichen, und auch weitere Kürzungen für die kommenden Jahre sind zu erwarten. Zudem sollen vom Bund subventionierte Präventionsprojekte von Fachorganisationen in den meisten Fällen nur noch zur Hälfte finanziert werden. Mangels Finanzierungsalternativen könnte dies das Aus für viele erfolgreiche Projekte wie den Dry January oder den Aktionstag Alkohol bedeuten. Dies wird unweigerlich zu mehr Suchtproblemen, mehr Leid bei Betroffenen und ihren Angehörigen sowie zu höheren volkswirtschaftlichen Kosten führen. Die Kosten werden die gekürzte Summe um ein Vielfaches übersteigen.

Auch das Monitoring soll aufgrund der Kürzungen stark reduziert und im Sektor des Geld- und Glücksspiels unterbrochen werden. Dadurch fehlen im Suchtbereich wichtige Informationen über das Ausmass der Probleme und das Auftreten neuer Suchtphänomene. Die Suchtprävention und die Suchthilfe werden so zu einem Blindflug, was ihre Möglichkeiten weiter einschränkt und uns eines Warnsystems für neue Entwicklungen beraubt.

Crack-Krise, Fentanyl-Bedrohung und weitere Herausforderungen - jetzt handeln

Generell verschlechtert sich die psychische Gesundheit bei Jugendlichen, die Konsumprävalenzen stagnieren oder steigen je nach Substanz und Alter sogar an, und es kommen ständig neue - legale und illegale - Produkte auf den Markt. Auch bei den Verhaltenssuchten zeigt sich eine zunehmende Problemlast, verstärkt durch digitale Anwendungen, die vermehrt so konzipiert werden, dass ein möglichst grosses Abhängigkeitspotenzial entsteht.

Darüber hinaus sehen sich die Städte und die Suchtfachleute mit der Crack-Krise konfrontiert, einer seit dreissig Jahren nicht mehr dagewesenen Herausforderung. Hinzu kommt die mögliche Bedrohung der Schweiz durch synthetische Opioide (Fentanyl und weitere). Um diesen Entwicklungen zu begegnen, braucht es eine vorausschauende Suchtstrategie und die entsprechenden finanziellen Mittel dafür. Kürzen in diesem Feld bedeutet, die Kontrolle zu verlieren und die Folgen auf die Betroffenen und die gesamte Gesellschaft abzuwälzen.

Um die aktuellen Herausforderungen anzugehen, braucht es ebenso eine strategische Vision und eine suchtpolitische Zielsetzung des Bundes. In den 1990er Jahren, als die Schweiz eine schwere Krise im Zusammenhang mit dem Heroinkonsum durchlebte, haben sich der Bundesrat und die Verwaltung engagiert und gemeinsam mit den Fachpersonen vor Ort, den Forschenden, den Kantonen und Städten nach Lösungen gesucht. Diese koordinierte Herangehensweise ermöglichte die Entstehung der Vier-Säulen-Politik und die Bewältigung der Krise.

Breiter Zuspruch zur Petition zeigt, dass die Suchtarbeit gestärkt werden muss

Mit fast 10'000 Unterschreibenden aus der Zivilgesellschaft, darunter auch viele betroffene Menschen, zeigt die Petition die Dringlichkeit des Anliegens auf. Es ist der denkbar schlechteste Zeitpunkt für Kürzungen im Feld der Suchthilfe und der -prävention. Im Gegenteil: Wir brauchen eine Stärkung der Nationalen Strategie Sucht und eine Erhöhung der Mittel, die für die Suchtbekämpfung und die Unterstützung der Betroffenen eingesetzt werden. Nur so können weiteres Leid und noch grössere Kosten verhindert werden.

Pressekontakt:

Facia Marta Gamez, Co-Generalsekretärin Fachverband Sucht, martagamez@fachverbandsucht.ch, 076 830 20 65
Markus Meury, Mediensprecher Stiftung Sucht Schweiz, mmeury@suchtschweiz.ch, 021 321 29 63

Medieninhalte



Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000980/100935089> abgerufen werden.